Magnap eteuen soll. Das Ergebnis war unter anderem auf Zeche Zollverein 258 Ueberschichten, Zollverein Schacht 3: 847 Ueberschichten, Schacht 4: 1160 Ueberschichten (bei 1200 Mann Belegschaft), Schacht 6: 400 Ueberschichten. Auf zwei Schachtanlagen wurde die Leistung verdoppelt. Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, um diese Leistungen zu erreichen, geht daraus hervor, daß in der Zeit vom Donnerstag abend bis Sonnabend mittag alle Verhauer, Querschläger und dergleichen an der Kohlenförderung beteiligt waren und während dieser Zeit kein Verhauen, Steinewerfen und dergleichen vorgenommen wurde, sondern alle Rutschen nur auf Kohlenförderung eingestellt waren. Alle Vorschriften, die zur Sicherung des Bergbaues notwendig sind, wurden außer acht gelassen. Auf allen Schächten besteht für Kohlenhauer Urlaubssperre. Die proletarischen Opfer des Bergbaues entsprechen dem Mordsystem, auf der Schachtanlage Ernestine sind bei einer Belegschaft von 1300 Mann 9 Steiger und 320 Mann krank, in der Zeit vom 1. bis 20. August sind auf den Zechen des Montantrustes 7 Tote und 300 Verletzte zu verzeichnen.

Was tut in dieser Lage der Bergarbeiterverband? Er hat ein langwieriges Schlichtungsverfahren über eine gewisse Lohnerhöhung eingeleitet, das nach einiger Zeit, vielleicht nach einigen Wochen mit einem verbindlich erklärten Schiedsspruch endigen wird (ob dieser Schiedsspruch für die Bergarbeiter günstig oder ungünstig sein wird, hängt von dem Ausgang des englischen Kampfes ab). Lohnerhöhungen sind dringend nötig, der Bergarbeiterverband soll die Stunde ausnutzen, um sie zu erzwingen. Aber die Voraussetzung für jede Lohnerhöhung ist der Sieg der englischen Bergarbeiter. Dieser wird gefährdet, wenn der Bergarbeiterverband weiter tatenlos dem Treiben der Unternehmer im Ruhrgebiet zusieht. Er kann sich bei seinem skandalösen Verhalten nicht auf den Willen oder die Teilnahmslosigkeit der deutschen Bergarbeiter berufen. Die Hamborner Zechen haben sich bereits vor einiger Zeit einstimmig dafür ausgesprochen, daß der Bergarbeiterverband die günstige Situation ausnutzen solle, um „eine 30prozentige Lohnerhöhung, sowie die Siebenstundenschicht zu fordern und gegebenenfalls diese Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzudrücken." Eine ähnliche Entschließung wurde in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung in Neuenkamp angenommen. Eine Versammlung sämtlicher Funktionäre des Bergarbeiterverbandes, der Christen, Hirsche, des Bundes der technischen Angestellten sämtlicher umliegenden Zechen von Kray befasste sich „mit dem Ueberschichtenwesen und dem wahnsinnigen Treibsystem." Der Oeffentlichkeit werde über den tatsächlichen Stand der Dinge irregeführt, beispielsweise bei der Zeche 4—6 sei der Versand in jedem Monat um etwa 1000 Tonnen größer als die angegebene Förderziffer, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß die Förderung um den Eigenverbrauch der Zeche plus Steine herabzusetzen sei. Auch hier wurde die Einstellung der Ueberschichten, das Aufhören des Antreibsystems und eine durchgreifende Lohnerhöhung gefordert, und zwar einstimmig, auch von den Christen und Hirschen.

Die Mehrförderung an Steinkohle, die durch die verlängerte Arbeitszeit und durch die Antreibermethoden im deutschen Bergbau gefördert wird, geht zum großen Teil nach England und dient den englischen Unternehmern dazu, im Kampfe gegen die Bergarbeiter durchzuhalten und so die englischen Bergarbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Die holländischen Umschlaghäfen sind vollgestopft mit Kohlenkähnen aus dem Ruhrgebiet, und auch über Hamburg wird bereits Kohle nach England verladen. Neben die Aktion der deutschen Bergarbeiter, die für eine Verkürzung der Arbeitszeit, für eine Beseitigung des Antreibsystems und für eine Erhöhung der Löhne kämpfen, muß die internationale organisierte Aktion der Transportarbeiter treten, die durch die Transportblockade dem englischen Kapitalismus die Kohlenzufuhr restlos abschneidet. Der Deutsche Verkehrsbund hat nicht das geringste getan, um die Durchführung der Transportblockade in die Wege zu leiten und zu organisieren. Ein Konflikt im Hamburger Hafenbetrieb, bei dem die Unternehmer in ihrem brutalen Machtstandpunkt sogar jede Verhandlung ablehnen, gibt dem Verkehrsbund sogar einen unmittelbaren Anlaß, in ihrem Verbandsbereich die Kohlentransportblockade sofort durchzuführen.

Der Ausgang des englischen Bergarbeiterstreiks wird nicht nur eine wichtige Etappe in der Nachkriegsentwicklung des englischen Imperialismus bedeuten, sein Ergebnis wird vielmehr den unmittelbarsten und tiefsten Einfluß haben auf die Gestaltung der Lebenshaltung und auf die gesamte gewerkschaftliche Tätigkeit der kontinentalen Verbände, und vor allem der deutschen Gewerkschaften. Unterliegen die englischen Bergarbeiter, so werden auch die künftigen Kampfbedingungen für die deutschen Arbeiter stark erschwert werden, siegen die englischen Bergarbeiter, so wird die günstigste Basis für die Ausfechtung künftiger Kämpfe geschaffen sein. Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist auch die Sache des deutschen Proletariats. Darum: Schluß mit den Ueberschichten, Beseitigung der Antreiberei im Stelzenkohlenbergbau, Verkürzung der Schichtzeit im Kohlenbergbau, sofortige Organisierung der Kohlentransportblockade, ausreichende finanzielle Hilfe durch die deutschen freien Gewerkschaften. Durch seine Stellung zu diesen Forderungen wird der ADGB beweisen, ob er die Wahrheit, den Sieg der englischen Bergarbeiter wünscht.

Husemanns schwaches Gedächtnis

In Erwiderung des Besuchs deutscher Gewerkschaftsführer in Amerika weilten vor einiger Zeit amerikanische Bergarbeiterführer im Ruhrgebiet. Sie kamen von der Pariser Bergarbeiterkonferenz, wo die reformistische Bergarbeiterinternationale erneut papierne Beschlüsse zu dem Riesenkampf der englischen Kameraden gefaßt hatte. Sie wollten auf der Rückreise auch die Verhältnisse im deutschen Bergbau, vor allem im Ruhrgebiet, kennenlernen und hatten sich deshalb als Gäste des Bergarbeiterverbandes angemeldet. Dabei äußerten sie den Wunsch, ein Bergwerk, auch unter Tage, zu besichtigen. Husemann, der den amerikanischen Kameraden beweisen wollte, daß auch in Deutschland ein gutes Einvernehmen zwischen den Grubenkapitalisten und den Gewerkschaftsführern besteht, organisierte mit Hilfe der Unternehmer die Besichtigung der Schachtanlage „Westerholt". In Begleitung des Generaldirektors v. Heisen, einiger Oberbergräte und Doktoren führte Husemann die amerikanischen Delegierten. Husemann vermied es aber, die amerikanischen Kameraden mit den Betriebsräten in Berührung zu bringen. Das hat selbst bei den Bergarbeitern begreiflicherweise böses Blut erregt. Ein Bergarbeiter der Zeche „Westerholt" veröffentlichte eine entsprechende Notiz in dem „Ruhrecho", und bei Husemann selbst liefen Protestschreiben von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes ein. Um die Erregung zu dämpfen, sandte Husemann am 6. August an die Beschwerdeführer, die außerdem Husemann einluden an einer Mitgliederversammlung des BAV in Westerholt teilzunehmen, ein Entschuldigungsschreiben, in dem es wörtlich heißt:

„Ich hatte mir dann vorgenommen, nach der Ausfahrt den Betriebsrat anzufordern. **Im Drange ist das aber meinem Gedächtnis entschwunden, und ein anderer hat auch nicht daran gedacht.** Es hat also keine Absicht vorgelegen, den Betriebsrat auszuschalten, und ich bedauere selbst, daß ich nicht wieder daran gedacht habe ... In der Grube habe ich jeden Kameraden, an dem ich vorbeigekommen bin, mit dem Bergmannsgruß „Glück auf" begrüßt. **Wenn man mich erkannt hat, dann konnte man mich mit „Glück auf, Fritz", oder mit „Glück auf, Husemann"** begrüßen, dann wäre schon ein Gespräch zustande gekommen."

Husemann hat es leider vergessen, im Drange der Unterhaltung mit den Oberbergräten und amerikanischen Gewerkschaftsführern, auch mit dem Betriebsrat oder einzelnen Arbeitern über die Lage der Grubensklaven zu sprechen! So viel Bergarbeiter Husemann auch während der Befahrung der Zeche sah — ihm fiel es niemals ein, sich selbst an die Bergarbeiter zu wenden. Er erwartete vielmehr, daß diese ihn, der von einer sicheren Zahl von Fremden umgeben war, ansprachen.

Während der Besichtigung ist es Husemanns Gedächtnis entschwunden, seine Gäste auch mit den Arbeitern in Berührung zu bringen. Da kann es nicht wundernehmen, daß Husemann auch keine Zeit hat, sich vor der Mitgliederversammlung des BAV in Westerholt zu rechtfertigen. Wie er am Schlusse seines Briefes schreibt, hatte er schon anders disponiert, um noch an der Mitgliederversammlung teilnehmen zu können. Husemann hatte natürlich Zeit, um an der blumengeschmückten Mittagstafel im Zechenrestaurant zusammen mit den Oberbergräten und den amerikanischen Gästen zu speisen. Diese wichtigen Dispositionen des gemeinsamen Mittagessens sind Husemann nicht aus dem Gedächtnis geschwunden! Man kann sich leicht vorstellen, wie beruhigend die Entschuldigung Husemanns auf die Bergarbeiter wirken wird.

Die „freieste Republik der Welt"

Die Straße gehört den Faschisten — Wieder ein Roter Tag verboten

Berlin, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Regierungspräsident von Oppeln hat den von der KPD, RHD und dem RFB festgesetzten Roten Tag in Groß-Strehlitz bei Oppeln wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" verboten. Umzüge und Versammlungen, die trotzdem veranstaltet werden sollten, sollen mit polizeilichen Mitteln verhindert werden. Teilnehmer machen sich strafbar. Im Zusammenhang damit und um dem Verbot eine Begründung zu geben, teilt der amtliche Preußische Pressedienst mit, daß das preußische Innenministerium unter Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Hindenburg des RFB auflöst. Zur Begründung wird angegeben, daß ein Gerichtsurteil gegen den Bergmann Schmialek festgestellt habe, daß die Ortsgruppe Hindenburg des RFB militärische Uebungen vorgenommen habe. Die Bundesleitung veröffentlicht in der „Roten Fahne" eine Erklärung, wonach auf Grund des Statuts des RFB eine Bewaffnung abgelehnt wird. Die Erklärung weist darauf hin, daß erst vor kurzem die thüringische Regierung ein Geheimrundschreiben über die Bewaffnung des RFB verschickte und in Halle Polizeispitzel sich an den RFB heranzumachen versuchten. Auch in diesem Falle wird es sich wahrscheinlich um Spitzelarbeit handeln.

Schirmer Landtagskandidat?

Wie uns aus linkssozialdemokratischen Kreisen mitgeteilt wird, ist beabsichtigt, den jetzigen Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Amtshauptmann von Freiberg als Landtagskandidat aufzustellen. Schirmer soll sich bereiterklärt haben, sein Reichstagsmandat in diesem Falle niederzulegen, um dann als Landtagsabgeordneter und zugleich als Stadtverordneter in Freital tätig zu werden.

Der Umsteiger Schirmers ist schon deswegen wahrscheinlich, weil die SPD im Freitaler Bezirk nach dem Abmarsch des Renegaten Böttel über außerordentlich wenige Kräfte verfügt. Als Nachfolger Schirmers im Reichstage kämen dann Schulze-Coßebaude oder Menke in Frage.

Breitscheid fährt nach Genf

Wie die sozialdemokratische Presse meldet, soll der deutschen **Delegation für den Völkerbund** auch eine Reihe von Parlamentariern angehören. Als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion soll Breitscheid, als Vertreter des Zentrums Kaas, der Deutschen Volkspartei von Rheinbaben nach Genf fahren.

Endlich hat also Breitscheid das Ziel seiner Wünsche erreicht und Kautskys Ideal, den „Klassenkampf in den Völkerbund zu tragen", ist nähergerückt. Bald werden wir das schöne Schauspiel erleben, wie **Breitscheid im Auftrage von Stresemann, Marx und Hindenburg** den „Klassenkampf führt" nach dem Beispiel Paul Boncours, der bekanntlich jetzt den Weltfrieden nach den Weisungen von Poincaré verteidigt.

Was sagen aber die sozialdemokratischen Arbeiter dazu, daß die SPD die Zusammenarbeit mit der Hindenburg-Marx-Regierung, der Regierung, die die Fürstenmilliarden verteidigt und die Erwerbslosen der Armenfürsorge überweist, soweit treibt, daß sie die Geschäfte dieser Regierung in Genf besorgen will?

Lohnkampf der Wiener Postangestellten

Wien, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Forderungen der Postangestellten nach Erhöhung des Mindestgehalts wurden gestern vom Bundeskanzler als nicht tragbar erklärt und abgelehnt. Trotz eindringlicher Ermahnung der Postangestellten, den Forderungen entgegenzukommen, blieb die Regierung bei ihrer ablehnenden Haltung. Daraufhin ist heute ein Aktionskomitee gebildet worden, das in Verbindung mit dem erweiterten Gewerkschaftsvorstand eventuelle Kampfmaßnahmen einleiten soll.

Der Personenzug Frankfurt—Berlin entgleist

Bad Kösen, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Der beschleunigte Personenzug Frankfurt a. M.—Berlin ist heute früh 7 Uhr 10 Min. in Bad Kösen verunglückt. Zwei Wagen in der Mitte des Zuges entgleisten. Vier Personen wurden leicht verletzt, ein junges Mädchen erlitt eine schwere Verletzung.

*

Eigentümlicherweise ist dieses neue Eisenbahnunglück das erste, bei dem man nicht von einem Attentat faselt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der rangierende Zug auf ein Nebengleis geschoben wurde, wobei die Weiche sich in der Mitte des Zuges umlegte. Es scheint also bereits festzustehen, daß die Weiche schadhaft war.

Auslandswochenschau

Der Sturz Pangalos — Der griechisch-jugoslavische und griechisch-italienische Gegensatz — England und die Tangerfrage — Das Wettrüsten geht weiter — Pilsudskis Intrigen gegen die Sowjetunion.

Der Sturz der Diktatur Pangalos in Griechenland kam für die europäische Oeffentlichkeit völlig unerwartet. Der neue Herr in Griechenland ist General Kondylis, der dem Volke in einem Aufruf die Erfüllung von allerlei Wohltaten versprochen hat. Diese feierlichen Versprechungen interessieren uns aber sehr wenig, da sie doch nicht eingehalten werden. Uns interessiert vielmehr die Feststellung, daß die Diktatur Pangalos vorläufig jedenfalls durch die Diktatur Kondylis ersetzt ist, trotzdem der neue Machthaber erklärt, er wolle die „Demokratie" wiederherstellen — aber wir wissen ja auf Grund einiger Erfahrungen, die wir zum Beispiel in Deutschland gemacht haben, daß dies ein sehr dehnbarer Begriff ist. Daß jedenfalls der General Kondylis in wichtigen politischen Fragen jetzt schon sehr diktatorisch vorgeht, ohne dabei vorher die Stimme des Volkes" anzuhören, geht daraus hervor, daß er bereits den vor einigen Wochen von Pangalos unterzeichneten jugoslavisch-griechischen „Freundschaftsvertrag" suspendiert und offiziell den Anspruch Griechenlands auf die von Italien besetzten Inseln des Dodekanes erhoben hat. Das sind zwei außerordentlich wichtige Fragen für das kleine Griechenland, die der neugebackene „Demokrat" mit Blitzesschnelle „löst".

Auf Grund des Vertrages mit Jugoslavien wird diesem ehemaligen „Bundesgenossen" das Recht erteilt, in dem Hafen von Saloniki eine eigene Niederlassung zu errichten, über die die Waren nach Jugoslavien zollfrei importiert werden können. Dagegen ist die Bahnlinie Gewgeli-Saloniki, das heißt eben die Bahnlinie, die den Hafen von Saloniki mit Jugoslavien verbindet, im griechischen Besitz geblieben. Dieser Vertrag hat bei den griechischen Nationalisten die größte Unzufriedenheit hervorgerufen. Diese Unzufriedenheit hat der General Kondylis ausgenutzt, um selbst den „großen Mann" spielen zu können. Seine erste „Tat" ist nun auch die Suspendierung des Vertrages mit Jugoslavien. Im gleichen Atemzug erklärt aber Kondylis in einer offiziellen Kundgebung, daß er „zu den Serben, seinen Waffenbrüdern, von den herzlichsten Gefühlen beseelt sei"?

Interessant übrigens ist es, daß in Jugoslavien man ebenfalls mit dem Vertrag äußerst unzufrieden ist. Beide Regierungen haben nämlich ihr „Desinteressement" an den eigenen Volksgenossen jenseits der Staatsgrenzen erklärt. Ueber diesen Punkt schreibt die sehr einflußreiche Belgrader „Politika", daß dies „die Preisgabe von 300 000 Serben in Griechisch-Mazedonien bedeute", was für Jugoslavien „unannehmbar" sei.

Man sieht also, daß der erste Schritt des neuen Selbstherrschers Griechenlands keineswegs dazu geeignet ist, Griechenland vor neuen Komplikationen zu bewahren. Im Gegenteil: es scheint, als ob auf dem Balkan mit manchen neuen Ueberraschungen zu rechnen ist. Noch vor kurzem konnten wir den Gegensatz zwischen Bulgarien und Jugoslavien in der mazedonischen Frage feststellen. Nun sehen wir neuerdings, daß die Expansionsbestrebungen Griechenlands mit denen Jugoslaviens in der Frage des Hafens von Saloniki und in der Frage der nationalen Minderheiten in Griechisch-Mazedonien zusammenstoßen. Auch der Gegensatz zwischen Griechenland und Italien in der Dodekanesfrage ist angesichts der äußerst komplizierten Verhältnisse im östlichen Teile des Mittelmeeres sehr gefährlich. Wohin man also in jener Ecke Europas hinschaut, überall findet man dort genügend Stoff zu einem Konflikt, der seine Rückwirkung auf die gesamte politische Lage in Europa haben kann.

*

Aber auch im westlichen Teile des Mittelländischen Meeres verschärfen sich die Gegensätze zwischen den einzelnen europäischen Mächten. Nachdem es den Spaniern zusammen mit den Franzosen unter enormen Anstrengungen gelungen war, den Widerstand Abd el Krims zu brechen — was übrigens noch keineswegs ein Ende des Krieges in Marokko bedeutet — ist Primo de Rivera der Kamm geschwollen. Er beginnt allmählich an Größenwahn à la Mussolini zu leiden. Den Anspruch, den er offiziell auf Tanger erhoben hat, hat natürlich bei den imperialistischen Mächten große Beunruhigung hervorgerufen. Ursprünglich schien es, als ob dieser Anspruch Riveras lediglich gegen Frankreich gerichtet ist. Aber jetzt zeigt es sich, daß auch England von der ganzen Geschichte nicht gerade erbaut ist. In dieser Richtung erscheint bemerkenswert ein Artikel, den in diesen Tagen der in der auswärtigen Politik besonders gut unterrichtete „Daily Telegraph" über die Tangerfrage veröffentlicht hat. Im Artikel wird u. a. ausgeführt:

„Daß der Hafen von Tanger, der nur 14 Meilen von Gibraltar entfernt sei, an einer lebenswichtigen Verbindungsader des britischen Reiches liege, außerdem stammten zwei Fünftel in Tanger eingeführte Waren aus Großbritannien oder Gibraltar. Seit Beginn dieses Jahrhunderts seien nicht weniger als 5 Millionen Pfund ausgegeben worden, um Gibraltar zu einem Stützpunkt ersten Ranges zu machen, und eben jetzt werde für 230 000 Pfund dort ein großes Petroleumlager errichtet. Alle britischen Völker der Erde seien daran interessiert, daß Gibraltar seine Bedeutung behalte, mit anderen Worten, daß die Verbindungswege durch das Mittelländische Meer für die britische Kriegs- und Handelsflotte gesichert blieben."

Also auch im westlichen Teile des Mittelmeers verschärfen sich die Gegensätze und die Folge davon ist das weitere Wettrüsten, ein Rüsten ohne Ende, bis wieder die Katastrophe hereinbricht, wie anno 1914 . . . .

*

Wir erwähnten bereits in der vorigen Wochenschau die Rede des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg über die Notwendigkeit der Abrüstung. Kaum ist noch die Tinte ausgetrocknet, mit der die demokratischen und sozialdemokratischen Zeitungsschreibenten Dithyramben auf den neuen amerikanischen „Friedensapostel" geschrieben haben, als nun aus Amerika jetzt folgende, sehr trocken gehaltene Meldung kommt:

„Wie der Leiter des Marineluftwesens mitteilte, werden im laufenden Rechnungsjahr rund zwölf Millionen Dollar für den Ankauf neuer Marineflugzeuge ausgeworfen werden. Die Luftrüstung der Vereinigten Staaten zur See soll um 272 Flugzeuge vermehrt werden, und zwar um 100 Kampfflugzeuge, 47 Beobachtungsflugzeuge, 51 Torpedoabwurf- und Aufklärungsflugzeuge und um 74 Schulflugzeuge."

Man sieht also, daß Amerika in der Frage der Abrüstung, wie es die Imperialisten meinen, mit dem Beispiel vorangeht.

*

Auch Polen „rüstet ab", indem es nämlich jetzt 10 große in Frankreich bestellte Groß-Bombenflugzeuge erhalten hat. Dieselben werden an der russischen Grenze stationieren. Der polnische Außenminister Zalewski hält aber im Sejm Reden, in welchen „feierliche" Versicherungen abgegeben werden, daß Polen Rußland gegenüber keine aggressiven Pläne hege.

Während die kapitalistischen Länder fieberhaft rüsten, versucht Sowjetrußland seine militärischen Ausgaben möglichst zu verringern. Gerade in diesen Tagen werden von der Moskauer Presse die Kontrollziffern der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Wirtschaftsjahr 1926 bis 1927 veröffentlicht. Aus diesen Kontrollziffern geht hervor, daß im kommenden Wirtschaftsjahr Sowjetrußland seine Ausgaben zur Finanzierung der Industrie gegenüber dem Vorjahre um 37,3 Prozent erhöht, während es die Ausgaben für Heer und Marine nur um 6 Prozent erhöht. Das geschieht zu einer Zeit der englischen Einkreisungspolitik und des allgemeinen Wettrüstens! In der bürgerlichen Presse liest man aber von der „russischen Gefahr" und dem „roten Imperialismus", von dem angeblich Europa bedroht wird!

*

Indessen hat die Sowjetunion allen Anlaß, gerade jetzt seinen Rüstungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die „Iwestija" bringen eine Mitteilung, derzufolge vor kurzem Marschall Pilsudski eine Zusammenkunft mit dem bekannten weißrussischen Bandenführer Balachowitsch hatte. Auf Grund dieser Besprechung soll Balachowitsch seine in Polen befindlichen Banden sammeln. Dies bedeutet eine neue Herausforderung Sowjetrußlands, die über kurz oder lang zu schwersten Komplikationen führen kann. Balachowitsch ist ein Todfeind des neuen Rußlands und machte während des Bürgerkrieges der Räte-macht mit seinen weißgardistischen Banden, die hauptsächlich in Weißrußland operierten, viel zu schaffen. Die guten Beziehungen Pilsudskis zu dem vor kurzem ermordeten Petljura waren ein offenes Geheimnis. Die Tatsache, daß jetzt Pilsudski die Freundschaft Balachowitsch unterhält, zeigt, daß Polens Diktator seine Pläne gegen die Sowjetunion, die schon einmal im Jahre 1920 zum Kriege geführt haben, immer noch nicht aufgegeben hat. Es ist notwendig, daß das werktätige Volk Europas der Dinge an der polnisch-russischen Grenze die größte Aufmerksamkeit schenkt, damit es gegebenenfalls in der Lage ist, das Seinige beizutragen, um die imperialistischen Pläne Pilsudskis zu durchkreuzen.